

Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 69 (1982)
Heft: 18: Schulreform in Diskussion

Rubrik: Aktuelle Kurzmeldungen der "schweizer schule"

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 10.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

meinschaft, Arbeit, Geld, Freizeit, Sicherheit, Leben schlechthin. Wenn nun über Schulreformen versucht wird, solche Begriffe nicht nur aus der Tradition heraus zu umschreiben, sondern die etwas breitere Sicht für mögliche Veränderungen, neue Erkenntnisse und Erfahrungen in den Lehrplan einfließen zu lassen, dann schreiten diese Konservativen unter den Bürgerlichen – oft im Religiösen verfangene, von blindem Eifer erfasste Leute – zum Angriff. Sie schreiben Briefe, beschwören die Moral, drohen mit Aktionen gegen Behördemitglieder und setzen verantwortliche Leute unter Druck. Solche Gegnerschaft kann ernüchternd sein, widerwärtig, auch einschüchternd und lähmend. Obwohl sie in den wenigsten Fällen ihr angestrebtes Ziel – totale Verhinderung eines Projekts, Abberufung dieser oder jener politisch nicht genehmen Leute – erreicht, profitiert auch diese Gegnerschaft wieder vom mangelhaften Informationsstand der angesprochenen Umgebung. Sie braucht ein paar schlecht informierten Parlamentariern nur den Teufel an die Wand zu malen und von linker Unterwanderung im Erziehungsbe- reich zu reden, und die beabsichtigte Schneeballwirkung ist da.

Erklären und zeigen

Was ich damit sagen möchte: Wenn Reformprojekte Erfolg haben sollten, müssten sie von Fachleuten aus dem Bereich der Information begleitet werden. Mit einer regierungsrätlichen Botschaft, und wenn's gut geht noch mit

einer begleitenden Pressekonferenz, ist heute kein Reformprojekt mehr über die Runden zu bringen. Solche Reformanliegen müssten in ihrer ganzen Breite und Konsequenz schon vorher beim Direktbetroffenen, beim Schüler, bei seinen Eltern, beim Lehrer erklärt und begründet sein.

Um auch hier konkret zu werden: Im Fall der Orientierungsstufe hätte man den Eltern anhand von Beispielen (aus dem Ausland, aus Genf, aus dem Tessin) zeigen müssen, wie die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Schultypen funktioniert und wie das Kind davon profitieren könnte. Und das Gleiche müsste bei den Lehrern und bei den Politikern geschehen, damit jene, die noch für Experimente zu haben sind, einen Wissensstand erreichen, der eine kompetente Argumentation erlaubt. Mit theoretischen Begriffen wie «Durchlässigkeit» und «typenübergreifendem Unterricht» können die meisten Eltern und viele Politiker wenig oder nichts anfangen. Falls sie trotzdem noch einigermaßen verstehen, was damit gemeint ist, so reicht dieser theoretische Wissensstand eben noch lange nicht, um andere fragende Eltern oder Politiker über die Auswirkungen in der Praxis zu informieren.

Ich bin überzeugt: Heute entscheiden Politiker über Schulreformen – und nicht nur über das – die aufgrund ihres mangelhaften Wissens gar nicht entscheidungsfähig sind. Wenn es gelänge, diese Informationslücke zu schliessen, könnte vermutlich manche Enttäuschung oder Konfrontation vermieden werden.

Aktuelle Kurzmeldungen der «schweizer schule»

CH: Die Dokumentationsstelle für Schul- und Bildungsfragen bleibt in Genf

Neuer Finanzierungsschlüssel

Mit der Verlegung des Sekretariats der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) von Genf nach Bern – sie soll auf den Herbst 1983 erfolgen – und der damit verbundenen Abtrennung von der Dokumentationsstelle für Schul- und Bildungsfragen ist

auch eine organisatorische und finanzielle Neuregelung nötig geworden. Der Bundesrat hat nun den Vorsteher des Eidgenössischen Departements des Innern (EDI) ermächtigt, das revidierte Statut der Dokumentationsstelle im Namen der Landesregierung zu unterzeichnen.

Im Oktober 1979 hatten die Erziehungsdirektoren beschlossen, die Dokumentationsstelle in Genf und die Schweizerische Koordinationsstelle für Bil-

dungsforschung in Aarau zusammenzulegen und nach Bern zu transferieren. Der knappe Entscheid führte dann zu einem Proteststurm seitens der Kantone Genf und Aargau. Ein Jahr nach ihrem ersten Entscheid kamen dann die Erziehungsdirektoren auf ihren Beschluss zurück: Dokumentationsstelle und Koordinationsstelle werden nicht zusammengelegt und verbleiben an ihren Standorten Genf und Aarau; hingegen wird das EDK-Sekretariat von der Dokumentationsstelle abgetrennt und nach Bern verlegt. In der zentraler gelegenen Bundesstadt wird nun das Sekretariat im nächsten Herbst seine Arbeit aufnehmen. Mit der Abtrennung von der Dokumentationsstelle musste auch ein neuer Finanzierungsmodus gefunden werden. Dies ist denn auch der Hauptpunkt der nun vom Bundesrat genehmigten Statutsrevision. Seit 1968 leisteten der Bund 40 Prozent und die Kantone 60 Prozent an die Kosten der Dokumentationsstelle, die in Personalunion auch das EDK-Sekretariat führte. Neu sollen nun Bund und Kantone je 50 Prozent der für die Dokumentationsstelle notwendigen Finanzen befragen. Die Kosten für das EDK-Sekretariat in Bern werden von den Kantonen übernommen.

CH: Eidgenössische Matura: Erfolgreiche Kandidaten

1982 hat die eidgenössische Maturitätskommission 995 (1981: 992) Kandidaten geprüft, von denen 726 (726) erfolgreich waren. 227 der bestandenen Prüfungen entfielen auf die neusprachliche Maturität (Typus D), 173 auf die Real-Maturität (Typus C), 169 auf die Literar-Maturität mit Latein und modernen Sprachen (Typus B), 151 auf die wirtschaftswissenschaftliche Maturität (Typus E) und sechs auf die Literar-Maturität mit Latein und Griechisch (Typus A). Dies teilte das Eidgenössische Departement des Innern in Bern mit.

Von den erfolgreichen Kandidaten wollten 182 ein geisteswissenschaftliches Studium aufnehmen, 173 wollten Jurisprudenz oder Nationalökonomie studieren, je 86 gaben Medizinalberufe oder Naturwissenschaften als Studienziel an, elf Theologie. Auf verschiedene Studienziele entfielen 48, unentschieden waren noch 65.

ZH: Erfolgreiche Maturanden des 2. Bildungsweges

Vor kurzem hat die auf die Aus- und Weiterbildung Erwachsener spezialisierte AKAD in Zürich in einer Feier ihre 115 erfolgreichen Maturanden dieses Jahres verabschiedet. Lediglich 11 bestanden das Examen nicht und werden die Hürde der Hochschulzulassung in einem zweiten Anlauf nehmen müssen.

In seiner humorvollen, im klassischen Versmass des Hexameter gehaltenen Rede umriss Prorektor Ulrich Aeschlimann, lic. phil. I, den Ablauf eines Studiums auf dem 2. Bildungsweg.

Die Studienziele dieser Absolventen des 2. Bildungsweges unterscheiden sich vom gesamtschweizerischen Durchschnitt insofern, als Medizin und Geisteswissenschaften in diesem «Jahrgang» weniger gefragt waren, währenddem bei den Natur- und Ingenieurwissenschaften eine Zunahme zu verzeichnen ist.

BE: Berner gegen revidiertes Unigesetz

Die Berner Stimmbürger haben die Teilrevision des Universitätsgesetzes aus dem Jahre 1954, die vom Grossen Rat im Februar dieses Jahres beschlossen worden war, abgelehnt. Bei einer Stimmbeteiligung von 30 Prozent nahmen 83 459 Stimmbürger die Vorlage an; 96 801 lehnten sie ab. Gegen die Teilrevision hatten ein bürgerliches und ein studentisches Komitee aus entgegengesetzten Gründen das Referendum ergriffen.

Die Unigesetz-Revision, die nach Ansicht der Befürworter einen Kompromiss darstellte, hätte insbesondere eine Verstärkung der Universitätsleitung gebracht. Damit wollte der Grosse Rat dem starken Wachstum der Universität während den letzten 30 Jahren Rechnung tragen. Zudem wäre die besonders umstrittene Mitbestimmung von Studenten und Assistenten ausgebaut worden; der bestimmende Einfluss der Professoren wäre aber erhalten geblieben.

Vor zwei Monaten haben die Berner Stimmbürger bereits die Volksinitiative «Uni für alle» deutlich abgelehnt, in der die studentischen Maximalforderungen formuliert waren.

BE: Berner Lehrer für bisherigen Schuljahresbeginn

An einer ausserordentlichen Abgeordnetenversammlung des Bernischen Lehrervereins (BLV) in Bern hat Präsident Hanspeter Schüepp das Resultat einer Urabstimmung über den Schuljahresbeginn bekanntgegeben. Es widerspiegelt die starren Fronten, die bereits in der Volksabstimmung vom 6. Juni zutage traten.

73 Prozent der deutschsprachigen Lehrer sind gegen die vom Bundesrat beantragte Festschreibung des gesamtschweizerischen Schuljahresbeginns zwischen Mitte August und Mitte Oktober in der Bundesverfassung, 97 Prozent ihrer französischsprachigen Kollegen aus Biel und dem Berner Jura wären dafür. Dies bedeutet, dass beide Seiten den heute in ihrem Gebiet praktizierten Beginn beibehalten möchten.

LU: 50 Jahre Institut für Heilpädagogik Luzern

In Heft 33 der Schriftenreihe «Formen und Führen» wird des 50-Jahr-Jubiläums dieses privaten Sozialwerkes im Dienste der behinderten Jugend gedacht. Neben zahlreichen Gratulanten, unter ihnen auch Bundesrat Dr. Hans Hürlimann, meldet sich auch die langjährige Sekretärin des Instituts, Stephanie Hegi, zum Wort und schildert dessen Geschichte. Sie berichtet von den Bemühungen der hier tätigen Psychologen und Heilpädagogen über Theorie und Praxis auf dem Gesamtgebiet der Heilpädagogik, die für die Schweiz bahnbrechend waren. Während fünf Jahrzehnten wurde in diesem Institut, um das sich vor allem Dr. Fritz Spieler und Prof. Eduard Montalta grosse Verdienste erworben haben, ein Stück mitmenschlicher Solidarität gelebt. Das Institut als Gründung der Bischofskonferenz, der interessierten kath. Heime, Anstalten und Institutionen war von allem Anfang an gesamtschweizerisch tätig und ist aus der heilpädagogischen Infrastruktur unseres Landes kaum mehr wegzudenken. CH

FR: Lehrer am Kollegium St. Michael entlassen

Die Erziehungsdirektion des Kantons Freiburg reagiert auf die Kritik am Kollegium St. Michael, die im Sommer dieses Jahres von Schülern der traditionsreichen katholischen Lehranstalt erhoben worden war: Mit sofortiger Wirkung entlässt die Erziehungsdirektion einen Lehrer, der seinen Schülern bei der Abfassung eines Briefs geholfen hat, in dem an Lehrkräften des Kollegiums scharfe Kritik geübt worden war. Wie Erziehungsdirektor Markus Cottier an einer Pressekonferenz weiter bekanntgab, wur-

de zudem eine Untersuchung gegen einen Turnlehrer, dem sexuelle Übergriffe auf minderjährige Schüler vorgeworfen wurden, eingestellt. Der «Schweizerische Beobachter» hatte Anfang August dieses Jahres schwere Vorwürfe gegen das Kollegium erhoben.

SG: Neues St. Galler Volksschulgesetz

Das neue St. Galler Volksschulgesetz soll dem Volk nicht zur Abstimmung unterbreitet werden. Der Grosse Rat hat vor der Schlussabstimmung zu diesem Geschäft einen Antrag auf Unterstellung unter das obligatorische Referendum mit 141 gegen 15 Stimmen abgelehnt.

Nachdem es an mehreren Sessionstagen in diesem Jahr während stundenlanger Debatten in erster und zweiter Lesung durchberaten worden war, erfuhr das Volksschulgesetz nochmals eine abschliessende Würdigung. Seitens der SP wurde an den von dieser Partei bekämpften Wahlmodus des Erziehungsrats erinnert. Dieser wird nach dem neuen Gesetz durch den Regierungsrat gewählt, bei nachheriger Genehmigung durch den Grossen Rat. Die SP witterte darin ein «parteipolitisches Seilziehen» und hätte ihrerseits die direkte Wahl durch den Grossen Rat vorgezogen.

NE: Kein neues Schulgesetz für Neuenburg

Die Neuenburger haben das neue Schulgesetz mit 16 081 Nein- gegen 13 080 Ja-Stimmen abgelehnt. Hauptbestandteil des neuen Schulgesetzes war die Institutionalisierung der Kindergärten, deren Besuch fakultativ und gratis hätte sein sollen.

Umschau

Der Arbeitsmarkt für Jugendliche in der Schweiz: Kein Problem

Das behauptet K. Hug in der «Arbeitgeber-Zeitung». Was veranlasst ihn zu dieser optimistischen Sicht? Zwischen 1964 und 1979 haben die Geburten in der Schweiz von 112 890 auf 71 400 pro Jahr abgenommen. Rechnet man eine Spanne von 15 Jahren bis zum Eintritt in die Lehre, so beginnt die Abnahme von Lehrstellenbewerbern gegenwärtig spürbar zu werden. In den nächsten Jahren dürfte sie sich noch akzentuieren. Zwar konnte 1981 die Zahl der neu abgeschlossenen Lehrverträge nochmals leicht um

300 auf 65 700 gesteigert werden, die Zunahme ist jedoch viel geringer als in den vergangenen Jahren, wo sie jeweils mehrere tausend betrug.

Genügend Lehrstellen

Es hängt mit dieser Entwicklung zusammen, dass sich der Anteil arbeitsloser Jugendlicher unter 25 Jahren in der Schweiz im Bereich eines Viertels aller Arbeitslosen bewegt, also wesentlich tiefer liegt als in andern europäischen Ländern. Betrachtet man den Lehrstellenmarkt im Jahre 1982, so war im Frühjahr im Bereich des Gewerbes, der Industrie und auch der Dienstleistungsbranche bereits ein